



Die Gegner liegen vorn

GELDSPIELGESETZ Eine Mehrheit ist gemäss der Tamedia-Umfrage momentan gegen das Geldspielgesetz.

«Ja zu Sport» oder «Nein zum Casino-Monopol». Langsam nimmt die Kampagne zum Geldspielgesetz Fahrt auf. An der ersten Umfrage von Tamedia machten 7255 Personen mit. Das ist ein eher tiefer Wert.

Politologe Lucas Leemann, der die Umfrage zusammen mit Fabio Wasserfallen durchführte, hält fest, dass die öffentliche Debatte über das Geldspielgesetz und die Vollgeldinitiative bisher verhalten gewesen sei. Würde jetzt abgestimmt, würden aber beide Vorlagen abgelehnt.

Beim Geldspielgesetz sind heute 53 Prozent dagegen oder eher dagegen und nur 42 dafür oder eher dafür. Es könnte also eng werden für die Vorlage, so die Autoren. Erfahrungsgemäss legen Behördenvorlagen aber eher zu, je näher der Abstimmungstermin rückt. Andri Silberschmidt, der als Präsident der Jungfreisinnigen das Nein-Lager anführt, ist

erfreut über den Zwischenstand. Er zeige, dass das Ziel erreichbar sei. Wichtig sei, dass die Nein-Kampagne auch von der Mutterpartei stärker mitgetragen werde. «Es gibt bessere Lösungen als dieses Gesetz.» Es sieht vor, dass nur inländische Casinos Online-spiele anbieten dürfen.

Laut der Tamedia-Umfrage steht die Mehrheit der FDP-Basis zwar hinter Silberschmidt, eine grosse Minderheit allerdings will für das Gesetz stimmen. Auf diese baut Damian Müller. Er gehört als Luzerner FDP-Ständerat dem überparteilichen Ja-Komitee an: «Uns bleiben noch sieben Wo-

chen, um aufzuzeigen, dass jedes Jahr eine Milliarde Franken in Sport, Kultur, Sozialprojekte und in die AHV fliesst. Das darf die Schweiz doch nicht aufs Spiel setzen!», sagt er. Müller ist überzeugt, dass diese Argumente am 10. Juni auch bei den Liberalen verfangen werden.

Das Gemeinwohl war in der Umfrage tatsächlich bei vielen ausschlaggebend für ein Ja. Das stärkste Nein-Argument waren die Internetsperren. Sie sollen neu verhindern, dass von der Schweiz aus auf ausländische Onlinecasinos zugegriffen werden kann. cab

TAMEDIA-UMFRAGE ZUR ABSTIMMUNG VOM 10. JUNI

Stimmabsicht der 7255 Teilnehmenden der 1. Welle, Angaben in %

■ Ja ■ eher Ja ■ noch nicht entschieden ■ eher Nein ■ Nein

Geldspielgesetz

1. Welle **29** **13** **5** **12** **41**

Quelle: Tamedia-Online-Abstimmungsumfrage, Umfragetage: 23. April – 25. April 2018. Maximaler Stichprobenfehlerbereich: +/-1,8%-Punkte. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH der Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen durchgeführt. Weitere Informationen unter tamedia.ch/Umfragen. Grafik niz



WIE BEI DER AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE

Der **Abstimmungskampf zum Geldspielgesetz** wird ähnlich intensiv wie jener zur SVP-Ausschaffungsinitiative im Jahr 2010. Damals flossen gemäss einer Studie der Forschungsstelle Sotomo 4 Millionen Franken in die Werbung, der Grossteil kam von der SVP. Ähnlich viel gibt nun das Pro-Komitee für das Geldspielgesetz aus: Sein **Kampagnenbudget beträgt 3 Millionen Franken, wie Roger Fasnacht, Direktor der Lotteriegesellschaft Swisslos, sagt.**

Die Befürworter begründen ihr Budget mit der Gegenseite: Man habe erfahren, dass die Gegner Plakatstellen in einem Umfang gebucht hätten, der auf ein Budget von 3 Millionen schliessen lasse, so Fasnacht. «Das ist eine Erfindung», sagt Andri Silberschmidt, Präsident der Jungfreisinnigen und Wortführer im Nein-Lager. Das Fundraising laufe noch, voraussichtlich betrage das Budget knapp 1 Million Franken. «Die Befürworter ver-

suchen verzweifelt, ihr massives Budget zu rechtfertigen.»

Für das Pro-Komitee traten gestern National- und Ständeräte von SVP bis SP vor die Medien. **Ein Ja stelle sicher, dass weiterhin jährlich 1 Milliarde Franken aus Lotterien und Casinos in AHV, Sport, Kultur und Soziales fliesse.** Dazu sei es notwendig, die heutigen Anbieter von Online-Geldspielen mit Zugangssperren auszuschliessen, da sie sich nicht an die Regeln hielten und keine Abgaben leisteten. Pascale Bruderer (SP) ergänzte, ohne das neue Gesetz entgingen der Allgemeinheit mittelfristig Hunderte von Millionen. Das Ja-Komitee warnt, bei einem Nein passiere jahrelang nichts, die ausländischen Online-Anbieter könnten weiterhin steuerfrei Gewinne machen. Dass nur einheimische Casinos Konzessionen für Online-Geldspiele erhalten sollen, erklärte Karl Vogler (CSP) damit, dass man die kenne und bei ihnen Transparenz herrsche. *fab*